

Pressekonferenz Atlas der Zivilgesellschaft
Statement Dagmar Pruin, Präsidentin Brot für die Welt

Mittwoch, 6.4.2022 - *es gilt das gesprochene Wort*

Ich begrüße Sie herzlich zur Vorstellung unseres Atlas der Zivilgesellschaft. Der Atlas erscheint in diesem Jahr zum 5. Mal. Und auch diesmal veröffentlicht Brot für die Welt ihn zusammen mit CIVICUS, einem weltweiten Netzwerk für bürgerschaftliches Engagement.

Leider hat sich an der dramatischen Lage der Zivilgesellschaft nichts verändert – im Gegenteil. Der negative Trend setzt sich unvermindert fort: **Nur drei Prozent der Weltbevölkerung leben in Staaten in denen zivilgesellschaftliche Grundfreiheiten garantiert sind.** Gemessen an der absoluten Bevölkerungszahl sind das nochmal 10% weniger Menschen als im vergangenen Jahr.

Als wir mit der Redaktion des Atlas begannen, befanden wir uns einer der vielen Corona-Infektionswellen. Aber: noch weit entfernt von einem blutigen Krieg in Europa und den unterschiedlichen Krisen dieser Tage und Wochen.

Doch gerade die Unterdrückung der russischen Zivilgesellschaft und der Krieg gegen die Ukraine zeigen deutlich, dass Menschenrechte und Freiheit keine Floskeln, sondern zentraler Bestandteil aller internationaler Beziehungen sein müssen. Gerade jetzt – gerade in einer Zeit, in der Jahrzehnte alte Gewissheiten und Regeln des friedlichen Zusammenlebens über den Haufen geworfen werden, brauchen wir weltweit eine starke Zivilgesellschaft, die die Schwächsten schützt und kritisch ihre Stimme erhebt.

Doch schon vor Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine war es um die weltweiten Freiheits- und Menschenrechte nicht gut bestellt. Ganz im Gegenteil: Zivilgesellschaftliche Organisationen, wie NGOs, Gewerkschaften oder Stiftungen wurden und werden verboten, ihre Arbeit wird eingeschränkt oder ganz verhindert. Regierungen drangsalieren und verfolgen Aktivist:innen. Sie werden inhaftiert oder gar getötet. In vielen Ländern ist es für die Zivilgesellschaft de facto unmöglich zu arbeiten.

Auch der aktuelle Atlas der Zivilgesellschaft stützt sich wieder auf die Zahlen des CIVICUS-Monitor. Die Daten basieren auf verschiedenen Indizes und Erhebungen aus unterschiedlichen Quellen. Der Erhebungszeitraum liegt zwischen November 2020 und Oktober 2021.

CIVICUS kategorisiert die zivilgesellschaftliche Freiheit in fünf Kategorien: offen, beeinträchtigt, beschränkt, unterdrückt und geschlossen. Im Atlas farblich dargestellt von grün über gelb und orange bis rot.

Und um es bildlich zu sagen: **Die Welt sieht rot!**

Noch nie waren im Atlas der Zivilgesellschaft so viele Länder rot eingefärbt – in diesen Staaten ist der zivilgesellschaftliche Handlungsraum geschlossen. Länder wie China, Nordkorea, aber auch Kuba oder Aserbaidschan finden sich in dieser Kategorie. Hier wird

jegliche Kritik an staatlichem Handeln schwer bestraft. Wer Aktivist:innen misshandelt oder tötet, kommt meist ungestraft davon.

Wenn wir uns die **beiden** schlechtesten Kategorien anschauen, wird der Befund noch klarer: 7 von 10 Menschen weltweit leben in Staaten, die ihre Zivilgesellschaft unterdrücken oder eben komplett geschlossen haben. Sowohl was die Zahl der Länder als auch den Anteil an der Weltbevölkerung angeht, ist die zweitschlechteste Kategorie die größte. Afghanistan, Äthiopien und die Türkei sind ebenso in dieser Kategorie zu finden wie Russland.

Seit wir den Atlas der Zivilgesellschaft veröffentlichen, hatten wir noch nie so viele Absteiger und so wenige Aufsteiger. Insgesamt 14 Ländern mussten herabgestuft werden, nur ein Land konnte sich verbessern.

Zu den **Absteigern** gehören auch drei EU-Länder: Belgien und Tschechien sind von „offen“ in „beeinträchtigt“ abgerutscht. In Belgien war der Hauptgrund übermäßige Polizei-Gewalt bei friedlichen Versammlungen gegen Rassismus und soziale Ungleichheit in Brüssel. Die Festnahme von Aktivistinnen und Journalisten war im Erhebungszeitraum übrigens die weltweit häufigste von CIVICUS beobachtete Grundrechtsverletzung.

Europäische Union

Ein weiteres herabgestuftes EU-Land ist **Polen**. Polen ist nun neben Ungarn das zweite EU-Land mit „beschränkter“ Zivilgesellschaft. Die polnische Regierungspartei PiS hat eine Justizreform vorangetrieben, die die Gewaltenteilung schwer beschädigt. Die von ihr kontrollierte Justiz nutzt sie nun, um ihre gesellschaftspolitische Agenda durchzusetzen und etwa das Recht auf Schwangerschaftsabbrüche stark einzuschränken. Frauen, die dagegen protestierten, wurden strafrechtlich verfolgt. Polen hat auch massiv in die Presse- und Meinungsfreiheit eingegriffen: Die Grenze zu Belarus wurde von der Öffentlichkeit abgeschirmt und die Arbeit von Journalist:innen und Menschenrechtsorganisationen, die über die Zustände an der Grenze berichten wollten, behindert.

In **offenen** Staaten, die zivilgesellschaftliche Freiheit garantieren, leben nur noch 240 Millionen in 39 Staaten. **Deutschland** ist in dieser obersten Kategorie das mit Abstand bevölkerungsreichste Land. Obwohl auch bei uns natürlich nicht alles perfekt ist. In der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen wurde Deutschland herabgestuft, weil Journalist:innen stärker als je zuvor von Protestierenden angegriffen wurden – häufig bei Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen. Menschen, die sich hierzulande für Geflüchtete oder den Klimaschutz einsetzen, werden häufiger angegriffen – verbal in den Sozialen Medien und physisch auf offener Straße.

Zusammengefasst lässt sich sagen: In 116 von 196 Ländern sind die bürgerlichen Freiheitsrechte in Abstufungen massiv eingeschränkt, nur in 80 Ländern können sich die Menschen frei oder einigermaßen frei äußern und ihre Rechte wahrnehmen. Das sind knapp 7 Milliarden versus 890 Millionen Menschen!

Doch es gab auch positive Entwicklungen: Im Januar trat in **Rumänien** etwa ein Gesetz in Kraft, das Hassverbrechen gegen die Roma-Gemeinschaft unter Strafe stellt. In **Südkorea** hat die Regierung restriktive Änderungen des Mediengesetzes wegen des Widerstands von Zivilgesellschaft und Medien wieder zurückgenommen.

Digitalisierung

Inhaltlicher Schwerpunkt des Atlas ist in diesem Jahr die **Digitalisierung**. Sie ist für zivilgesellschaftliche Organisationen und Akteure Chance und Bedrohung zugleich.

Einerseits können Aktivist:innen mit digitalen Tools ihre Inhalte effizienter verbreiten und sich besser vernetzen. Doch andererseits haben es Regierungen nun viel einfacher, ihre Bürger:innen zu überwachen – häufig mit Techniken *made in Europe*. Jedes dritte Unternehmen, das digitale Überwachungstechnik verkauft, sitzt in der Europäischen Union.

Wir fordern deshalb von Bundesregierung und Bundestag, dass sie sich auch im digitalen Raum für universelle Menschenrechte stark machen. Außer in sehr gut begründeten Einzelfällen muss der Export von Überwachungssoftware verboten werden.

Digital bedroht werden zivilgesellschaftliche Freiheiten auch durch Online-Zensur und Internetsperren. Regierungen können damit Meinungs- und Pressefreiheit aushebeln. Teilweise werden einzelne Websites, Dienste oder soziale Netzwerke gesperrt. Immer wieder wird aber auch das massivste digitale Werkzeug hervorgeholt: Der vollständige Shutdown des Internets.

Indien führt die unrühmliche Rangliste der Internetsperren an. Allein 2020 wurde das Internet laut der NGO Access Now dort über 100 Mal abgeschaltet. In Tansania gab es 2020 nur einen einzigen Shutdown des Internets, der wiederum dauerte gleich mehrere Tage und begann einen Tag vor der Präsidentschaftswahl. Soziale Medien und Messenger-Dienste, die der schnellen Weitergabe von Beobachtungen und der Mobilisierung von Wähler:innen dienen sollten, waren nicht erreichbar. Online-Nachrichtenportale nicht mehr zugänglich. Am Ende stand die Wiederwahl des Präsidenten mit über 84 Prozent der Stimmen fest.

Internet-Shutdowns sind Menschenrechtsverletzungen und müssen auch von der Bundesregierung als solche geächtet werden.

Fake-News-Kampagnen

Wir haben uns im Digitalisierungs-Schwerpunkt des Atlas‘ auch mit der Macht der großen Tech-Konzerne beschäftigt. Ein grundsätzliches Problem dabei: Die großen **Plattformkonzerne Facebook oder Twitter** machen gerade in jenen Ländern kaum Profite, in denen irreführende oder unwahre Posts oder Aufrufe zu Gewalt die größte Wirkung haben. Wegen des geringen wirtschaftlichen Interesses geben die Tech-Riesen schlicht nicht genug Geld aus für Faktenchecks, für Moderation oder algorithmische Erkennungssysteme. Im Gegenteil: Die Algorithmen belohnen sogar Inhalte, die besonders

emotional oder polarisierend sind. In diesen Ländern wirken diese Posts dann wie Brandbeschleuniger, das hat z.B. in dramatischer Form die Verfolgung der Rohingya in Myanmar gezeigt.

70 Prozent der Nutzerschaft von Facebook lebt nach Schätzungen des Konzerns außerhalb von Nordamerika und Europa. Gleichzeitig gibt Facebook aber 87 Prozent des Budgets zur Klassifizierung von Fehlinformationen laut interner Papiere in den USA aus – für den gesamten Rest der Welt bleiben also nur 13 Prozent.

In **Äthiopien** etwa wird regelmäßig zu Gewalt aufgerufen. Doch für die 115 Millionen Einwohner:innen sind nur **sechs Faktenprüfer:innen** mit den entsprechenden Sprachkenntnissen angestellt.

Krieg gegen die Ukraine

Welch fatale Folgen das haben kann, sehen wir auch ganz aktuell im Krieg gegen die **Ukraine**. Neben Indonesien, Mexiko und Tansania ist die Ukraine einer der vier Länderschwerpunkte im Atlas der Zivilgesellschaft.

In dem Kapitel wird deutlich, welche Folgen russische oder pro-russische Desinformationskampagnen für weite Teile der ukrainischen und russischen Gesellschaft hatten und weiterhin haben. Seit Beginn des Krieges in der Ostukraine 2014 sind **Desinformationen** eine wichtige Waffe der russischen Kriegsführung. Gefälschte Nachrichten sollen die ukrainische Gesellschaft spalten und eine Stimmung erzeugen, nach der die Nähe zur EU für die Ukraine gefährlich ist und nur der Partner Russland die Ukraine vor dieser Gefahr schützen kann. Schlimmer noch: Die auf der Krim beliebten russischen Medien wie Russia 24 oder Channel One Russia zeichneten das Bild, die Ukraine sei ein faschistischer und nationalistischer Staat, der aus der EU und den USA fremdgesteuert wird. Flankiert werden solche Botschaften von Trollen, die in Sozialen Medien, Foren und Blogs prorussische und antiwestliche Inhalte verbreiten.

Doch die ukrainische Zivilgesellschaft wehrte sich dagegen. Datenjournalistinnen gründeten eine Website, die Falschnachrichten aufdeckt. Hierfür haben sie sich Hilfe geholt bei Open-Source-Spezialisten, Cyber-Aktivistinnen und IT-Unternehmern mit speziellen Software-Kenntnissen. Auf der Website sind seither mehrere zehntausend Meldungen über gefälschte Nachrichten erschienen. Doch die Waffe der Desinformation ist wirkungsvoll und hat geholfen, Krieg in Europa wieder möglich zu machen.

Schließen möchte ich mit einem Zitat. Es stammt von unserer ukrainischen Partnerin **Maria Degtiarenko**, Direktorin des Bayerischen Hauses Odessa. Sie wird heute Nachmittag ab 16 Uhr auch bei einer Veranstaltung zur Veröffentlichung des Atlas der Zivilgesellschaft zu Gast sein. Sie sagte uns: „Die Propaganda ist allgegenwärtig. Sie findet immer neue Themen. Das zieht zusätzliche Ängste und Destabilisierung nach sich. Das Ergebnis ist ein Verlust von Vertrauen in die Regierung und ein Verlust von Solidarität. Das spaltet nicht nur Russland und die Ukraine, sondern reicht bis tief in die Familien. Die Prognosen, insbesondere nach

der Veröffentlichung der Foto- und Videomaterialien von Butscha sprechen davon, dass eine Versöhnung in absehbarer Zeit kaum vorstellbar ist.“

Vielen Dank.